

Stand: 15.04.2026 20:47:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11533

"Freiheitsenergie statt Windkraftblockade"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11533 vom 15.04.2026



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Freiheitsenergie statt Windkraftblockade

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Windenergie ein zentraler Baustein für eine unabhängige, günstige und klimafreundliche Energieversorgung ist und betont, dass deren Ausbau im überragenden öffentlichen Interesse steht und unserer Sicherheit dient.

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass mindestens 10 Gigawatt zusätzliche Windenergie in Süddeutschland im Rahmen einer Südquote schnellstmöglich ausgeschrieben werden.

Zudem wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, zu verhindern, dass durch das geplante Netzpaket des Bundeswirtschaftsministeriums ein Re-Dispatch-Vorbehalt und Netzenspassgebiete für Erneuerbare Energien eingeführt werden.

Die Staatsregierung wird insbesondere aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Netzanschlussvorrang für Erneuerbare Energien gemäß § 8 Abs. 1 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bestehen bleibt.

Begründung:

Die Abhängigkeit von fossilen Importen hat zu massiven Preisverwerfungen geführt und die Verwundbarkeit unserer Energieversorgung offengelegt. Windenergie ist in diesem Kontext mehr als nur eine klimafreundliche Technologie – sie ist Freiheitsenergie. Sie steht für Versorgungssicherheit, Resilienz und stabile, langfristig kalkulierbare Preise. Ein entschlossener Ausbau der Windkraft federt fossile Preisexplosionen wirksam ab und stärkt die Unabhängigkeit Bayerns.

Gleichzeitig droht ausgerechnet in dieser angespannten Lage ein energiepolitischer Rückschritt. Das geplante Netzpaket des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sendet mit Überlegungen zu Re-Dispatch-Vorbehalten und Netzenspassgebieten für Erneuerbare Energien ein fatales Signal. De facto käme dies in Süddeutschland einem Ausbaustopp gleich, genau in dem Moment, in dem jede zusätzliche Kilowattstunde erneuerbarer Energie dringend benötigt wird. Statt den Ausbau zu beschleunigen, würden neue Unsicherheiten geschaffen und Investitionen ausgebremst.

Dabei ist das Gegenteil erforderlich: Mehr Windenergie in Süddeutschland senkt nachweislich die Stromkosten, da sie teure Eingriffe in das Stromsystem (Re-Dispatch) reduziert und somit Netzentgelte senkt. Gleichzeitig trägt dies zur Stabilisierung des Netzes bei. Regionale Erzeugung dort, wo der Strom gebraucht wird, entlastet die Netze und erhöht die Effizienz des Gesamtsystems.

Das Potenzial ist vorhanden: Allein in Bayern befinden sich derzeit über 700 Windenergieanlagen im Genehmigungsprozess. Diese Projekte dürfen nicht weiter verzögert oder politisch ausgebremst werden. Eine gezielte Südquote mit zusätzlichen Ausschreibungen von mindestens 10 Gigawatt wäre ein wirksamer Hebel, um den Ausbau endlich zu beschleunigen, Investitionssicherheit zu schaffen und die Energiewende regional ausgewogen voranzubringen.

Zentral bleibt dabei auch der Vorrang für den Netzanschluss Erneuerbarer Energien gemäß EEG. Dieser Grundsatz ist entscheidend für Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft. Eine Aufweichung würde den Ausbau massiv gefährden und die falschen Anreize setzen.

In der aktuellen Energiekrise braucht es keine neuen Hürden, sondern klare politische Führung: für mehr Tempo beim Ausbau der Windenergie, für sinkende Strompreise und für eine sichere, unabhängige Energieversorgung.